



Foto: © iStockphoto

Forschungsergebnisse

**Direkte Demokratie und
kommunale Effizienz**

Nachgefragt

**Innovationsstandort
Deutschland**

Wirtschaftspolitische Analyse

**Reformhindernisse
in Südeuropa**

Expertenkommission: Gemischte Bilanz beim Fortschritt der Energiewende

Die Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ zieht in ihrer Stellungnahme zum Monitoring-Bericht der Bundesregierung für 2012 eine gemischte Bilanz der Energiewende. Während sich die erneuerbaren Energien auf dem Zielpfad befinden, sind die Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie die Fortschritte bei der Energieeffizienz noch unbefriedigend.

Die Energiewende wird durch zwei Oberziele bestimmt: die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2050 und den Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis Ende 2022. Um die Entwicklungen differenziert und doch handlungsleitend zu erfassen, diskutiert die Monitoring-Kommission in ihrer aktuellen Stellungnahme zehn Leitindikatoren der Energiewende. Da die Treibhausgasemissionen in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland wieder gestiegen sind,

droht eine Verfehlung des deutschen Minderungsziels von 40 Prozent bis 2020. Die Bundesregierung spricht in ihrem Monitoring-Bericht dann auch von einer erwarteten Senkung der Treibhausgasemissionen von lediglich 35 Prozent. Diese Zielverfehlung wird sich nur vermeiden lassen, wenn zusätzliche energie- und klimapolitische Maßnahmen implementiert werden. Neben Anstrengungen zur Emissionsminderung in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels ist zur Erreichung des deutschen Klimaschutzziels insbesondere eine aktive Beteiligung an einer Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels wünschenswert.

Bisher verlief die Steigerung der Energieeffizienz eher verhalten. Dies gilt für die gesamtwirtschaftliche Ebene ebenso wie für die Entwicklungen in den einzelnen Endenergiesektoren. Bei den erneuerbaren Energien kann das Ziel, bis zum Jahr 2020

Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“: Am 8. April 2014 wurde der Zweite Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ von der Bundesregierung veröffentlicht. Anhand von Indikatoren wird im Bericht das Fortschreiten der Energiewende abgebildet. Er wurde vom Bundeswirtschaftsministerium unter Beteiligung der anderen Ressorts und nachgeordneter Behörden erarbeitet. Zur Begleitung des Monitoring-Prozesses wurde von der Bundesregierung eine Kommission aus unabhängigen Energieexperten berufen. Die Expertenkommission erstellt in jedem Jahr zum Entwurf des Monitoring-Berichts eine Stellungnahme. Bei der Stellungnahme der Expertenkommission geht es um die wissenschaftliche Einordnung und Bewertung der Monitoring-Berichte der Bundesregierung.

Die Mitglieder der Expertenkommission sind: Prof. Dr. Andreas Löschel (Vorsitzender), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Universität Heidelberg; Prof. Dr. Georg Erdmann, TU Berlin; Prof. Dr. Frithjof Staiß, Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW); Dr. Hans-Joachim Ziesing, AG Energiebilanzen e.V. (AGEB)

den Anteil am Bruttoendenergieverbrauch auf 18 Prozent zu erhöhen, aus heutiger Sicht erreicht werden. Wie schon in den vergangenen Jahren ist dabei der Ausbau im Stromsektor weiterhin die treibende Kraft. Im Wärmesektor befindet sich der Ausbau erneuerbarer Energien im Zielkorridor für das Jahr 2020.

Die Energiewende soll den Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit Rechnung tragen. Bei der Umweltverträglichkeit könnte die zunehmende Flächeninanspruchnahme auf künftige gesellschaftliche Konflikte hindeuten. Derzeit werden bereits fast zehn Prozent der Fläche Deutschlands für die Energieversorgung in Anspruch genommen.

Ein für die Versorgungssicherheit entscheidender Indikator ist der Umfang der gesicherten Erzeugungsleistung. Nach diesem Indikator zu urteilen, ist momentan in Deutschland noch kein genereller Versorgungsengpass festzustellen - trotz der Pläne vieler Kraftwerksbetreiber, einzelne ihrer Anlagen dauerhaft vom Netz zu nehmen. Allerdings drohen mit dem geplanten Abschalten der noch verbleibenden Kernkraftwerke südlich der Mainlinie lokale Kapazitätsengpässe, die durch den Rückstand beim Ausbau der Übertragungsnetze noch verschärft werden.

Zunehmende Kostendynamik

Obwohl die gesetzlichen Umlagen für die nicht-begünstigten Endverbraucher deutlich gestiegen sind, erhöhten sich die gesamtwirtschaftlich aggregierten Letztverbraucherausgaben für Elektrizität im Jahr 2012 nicht stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt und blieben auf einen nahezu unveränderten Anteil von 2,5 Prozent begrenzt. Insgesamt ist die bisherige Kostenbelastung durch die Energiewende daher für die deutsche Volkswirtschaft noch nicht so dramatisch, wie in der Öffentlichkeit dargestellt. Diese Aussage bezieht sich allerdings auf die Vergangenheit bis 2012. Die Strompreisentwicklung im Jahr 2013, die in Aussicht gestellten Projekte für den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere im Offshore-Bereich, der dringend notwendige Ausbau von Netzen zur Anbindung von Offshore-Windparks sowie bei den Übertragungs- und Verteilnetzen, die Finanzierung neuer Backup-Kraftwerke und Speicher könnten in den kommenden Jahren eine steigende Kostendynamik zur Folge haben. Die 2012 stark gestiegenen Gesamtausgaben für Erdgas und Kraftstoffe sind vor allem das Ergebnis der internationalen Preisentwicklung, nicht das der Energiewende.

Die Stellungnahme zum zweiten Monitoring-Bericht der Bundesregierung findet sich unter: www.zew.de/publikation/7403

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

Positive Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat das ZEW die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland untersucht. Der aktuelle Monitoringbericht stellt ausgewählte Kennzahlen des Wirtschaftszweigs für die Jahre 2009 bis 2012 vor.

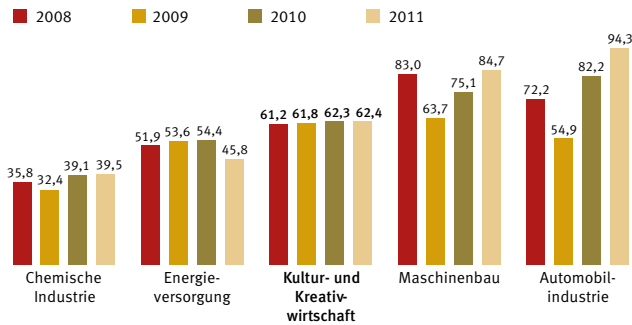
Im Monitoringbericht werden unter Kultur- und Kreativwirtschaft diejenigen Unternehmen und Selbstständigen erfasst, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Als Kernbranchen der Kulturwirtschaft gelten die Teil-

märkte Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt und Pressemarkt. Der Werbemarkt und die Software- und Games-Industrie stellen die Kreativbranchen dar.

Umsatzvolumen von 143 Milliarden Euro

In Deutschland waren im Jahr 2012 rund 247.000 Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Sie erzielten zusammen ein Umsatzvolumen von 143 Milliarden Euro. Rund 772.000, das sind 2,67 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland, sind in dieser Branche tätig. Hinzu kommen

BEITRAG DER KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT ZUR BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IM BRANCHENVERGLEICH 2008-2011 (IN MRD. EURO)



Lesehilfe: Die Bruttowertschöpfung betrug in der Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2011 rund 62 Milliarden Euro. Sie war damit geringer als im Maschinenbau und in der Automobilindustrie, aber höher als in der Chemischen Industrie und bei den Energieversorgern.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Destatis, 2013; eigene Berechnungen ZEW

die rund 247.000 Selbstständigen. Berücksichtigt man ferner die 375.000 geringfügig Beschäftigten sowie die 235.000 geringfügig Tätigen (Selbstständige und Freiberufler mit einem Jahresumsatz von unter 17.500 Euro), dann ergibt sich für das Jahr 2012 eine Gesamterwerbstätigenzahl in Höhe von rund 1,63 Millionen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft trägt 62,8 Milliarden Euro und somit 2,35 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

Erwerbstätigenzahl und Umsatz gestiegen

Die Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich in Deutschland im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr durchweg positiv entwickelt. Dies dürfte nicht zuletzt der allgemein guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland geschuldet sein. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm um 4,37 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, während die Anzahl der geringfügig Beschäftigten um 0,74 Prozent leicht zurückging. Die Anzahl der Unternehmen stieg im Jahr 2012 insgesamt um knapp ein Prozent gegenüber dem Vorjahr an, die Umsätze legten um 1,32 Prozent zu und die Bruttowertschöpfung konnte sich um 0,58 Prozent verbessern.

Die Branchenstruktur der Kultur- und Kreativwirtschaft ist von Klein- und Kleinstunternehmen gekennzeichnet. In einem Un-

ternehmen sind durchschnittlich vier Menschen erwerbstätig, drei von ihnen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Während die Bruttowertschöpfung in der Kultur- und Kreativwirtschaft in den Jahren 2009 bis 2011 nur minimale Wachstumsraten verzeichnete, haben andere, insbesondere die exportstarken Branchen wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie, stärker vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Sie konnten ihre Bruttowertschöpfung seit dem Jahr 2009 um 33 Prozent von 63,7 auf 84,7 Milliarden Euro (Maschinenbau) beziehungsweise um 72 Prozent von 54,9 auf 94,3 Milliarden Euro (Automobilindustrie) erhöhen. Allerdings fiel in beiden Branchen, im Gegensatz zur Kultur- und Kreativwirtschaft, der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 sehr deutlich aus (siehe Grafik).

Digitalisierung in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Eine repräsentative bundesweite Befragung bei Unternehmen und Selbstständigen der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt Aufschluss darüber, wie weit die Digitalisierung in der Kultur- und Kreativwirtschaft fortgeschritten ist und welchen Chancen und Herausforderungen sich dieser Wirtschaftszweig durch die Digitalisierung gegenüber sieht.

Die Unternehmen und Selbstständigen der Kultur- und Kreativwirtschaft sehen im Internet und der zunehmenden Digitalisierung vor allem die Chancen neue Kundengruppen zu erschließen (74,5 Prozent) und den Zugang zu überregionalen und internationalen Märkten zu verbessern (67,2 Prozent). Die Digitalisierung ermöglicht ein hohes Maß an Mobilität und Flexibilität (86 Prozent), was dem Arbeiten im Home Office zugute kommt.

Als größte Herausforderungen betrachten die Unternehmen und Selbstständigen der Kultur- und Kreativwirtschaft die gestiegenen Anforderungen der Kunden (73 Prozent), die aufgrund der Digitalisierung über alternative Produkte und Dienste und deren Preise stets gut informiert sind. Zudem betrachten sie vermehrte Urheberrechtsverstöße als große Herausforderung. Dementsprechend sehen die Unternehmen insbesondere beim rechtlichen Schutz geistigen Eigentums Verbesserungsbedarf.

Der Bericht mit Ergebnissen für die Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft findet sich: www.kultur-kreativ-wirtschaft.de

Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
 Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

i INHALT

Expertenkommission: Gemischte Bilanz beim Fortschritt der Energiewende 1

Positive Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland 2

Kartellrechtsverstöße – Stärkung der Rechte von Geschädigten 4

Gemeinden mit mehr direkt-demokratischen Aktivitäten wirtschaften effizienter 5

Nachgefragt: Innovationsstandort Deutschland 6

Reformhindernisse in Südeuropa 7

Zweite MaCCI-Jahreskonferenz am ZEW 8

Internationaler Workshop am ZEW zur „Energieeffizienz-Lücke“ 9

ZEW Intern 10

Daten und Fakten 11

Standpunkt 12

Kartellrechtsverstöße – Stärkung der Rechte von Geschädigten in Europa

Die jüngsten Aktivitäten der Europäischen Kommission zur Stärkung der Rechte der Opfer von Kartellrechtsverstößen werfen die Frage nach den rechtsökonomischen Implikationen eines solchen Schritts auf. Antworten auf diese Frage gibt eine interdisziplinäre Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der University of East Anglia in Norwich (UK).

In vielen Ländern basiert die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts auf zwei Pfeilern: der öffentlich-rechtlichen und der privatrechtlichen Durchsetzung. Während im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Durchsetzung der Staat etwaige Verstöße verfolgt und gegebenenfalls ahndet, werden im Rahmen der privatrechtlichen Durchsetzung die geschädigten Parteien selbst aktiv und initiieren gerichtliche Untersuchungen potenzieller Wettbewerbsverstöße. Während auf europäischer Ebene lange Zeit ein klarer Fokus auf der öffentlich-rechtlichen Durchsetzung lag, verfolgt die EU-Kommission spätestens seit der Veröffentlichung eines Grünbuchs im Jahr 2005 das Ziel einer Stärkung der Rechte der Opfer von Kartellrechtsverstößen. Im Jahr 2013 erreichte diese Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt: Die Kommission schlug eine Richtlinie für Schadensersatzklagen wegen Zu-

widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der EU vor. Im April 2014 wurde diese vom EU-Parlament beschlossen und muss nun in den kommenden zwei Jahren von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Eine solche Stärkung der privatrechtlichen Durchsetzung wirft die Frage auf, wie die öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Durchsetzung zur Erreichung eines wohlfahrtsoptimalen Zustands aufeinander abgestimmt werden sollte. Läge beispielsweise zum Zeitpunkt der Stärkung der privatrechtlichen Durchsetzung bereits eine optimale (öffentlich-rechtliche) Durchsetzung vor, so würde insgesamt eine volkswirtschaftlich ineffiziente Situation der „übermäßigen Abschreckung“ von Wettbewerbsverstößen („overdeterrence“) eintreten.

Effektivität der Rechtsdurchsetzung

Vor diesem Hintergrund untersucht das ZEW-Discussion Paper Nr. 13-029 die Zusammenhänge zwischen öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Durchsetzung des Kartellrechts mit Hilfe eines neu entwickelten Schemas. Im Gegensatz zur bestehenden Literatur berücksichtigt die Analyse, dass Kosten und Nutzen der Aufdeckung und Verfolgung – und damit die Effektivität beider Durchsetzungsformen – mit der Art des Wettbewerbsverstoßes variieren können. Auf Basis der Identifikation einiger zentraler Einflussfaktoren der (inkrementellen) Kosten und Nutzen – wie beispielsweise der Qualität wettbewerbsrechtlicher Entscheidungen und Institutionen, der Informationsausstattung der beteiligten Parteien oder den Möglichkeiten einer Sanktionierung von Fehlverhalten – werden Schlussfolgerungen für die europäische Wettbewerbspolitik abgeleitet. So legt die Analyse beispielsweise nahe, die Anreize zur Einreichung von Klagen für bestimmte potenzielle Wettbewerbsverstöße zu verbessern – beispielsweise durch eine Veränderung der Gebührenregelungen für Gerichtsverfahren oder eine Erleichterung des Zugangs zu fallrelevanten Informationen durch private Kläger.

Die Studie findet sich unter: www.zew.de/publikation6971

Prof. Dr. Kai Hüschelrath, hueschelrath@zew.de



Die Europäische Kommission plant, die Rechte der Opfer wettbewerbswidriger Absprachen zu verbessern. Die ZEW-Analyse macht hierzu Vorschläge.

Foto: ©iStockphoto

ZEW Discussion Papers

Nr. 14-018, Dirk Czarnitzki, Christoph Grimpe, Maikel Pellens: Access to Research Inputs: Open Science Versus the Entrepreneurial University.

Nr. 14-017, Zareh Asatryan, Kristof De Witte: Direct Democracy and Local Government Efficiency.

Nr. 14-016, Andreas Lichter, Andreas Peichl, Sebastian Sieglöcher: The Own-Wage Elasticity of Labor Demand: A Meta-Regression Analysis.



Bayern setzt stark auf die direkte politische Beteiligung seiner Bürger. Dies hat offenbar einen positiven Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der Kommunen.

Foto: ©iStockphoto

Gemeinden mit mehr direkt-demokratischen Aktivitäten wirtschaften effizienter

Reformen statteten Bürger in Bayern in den 1990er Jahren mit weitreichenden Möglichkeiten aus, sich direkt durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Eine ZEW-Analyse zeigt, dass Gemeinden mit mehr direkter Bürgerbeteiligung öffentliche Güter effizienter bereitstellen.

Öffentlichen Verwaltungen, sei es auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene, fehlt oft der geeignete Anreiz, öffentliche Güter und Dienste effizient oder wirtschaftlich bereitzustellen. Die Wirtschaftlichkeit kann gesteigert werden, indem Wettbewerb zwischen den politischen Entscheidungsträgern hergestellt wird. Eine weitere Möglichkeit bietet den Bürgerinnen und Bürgern direkten Einfluss auf den politischen Prozess: Sie können durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide über Gesetze und Richtlinien abstimmen. Die (geringe)Literatur zu diesem Thema in der ökonomischen Forschung kommt zu dem Ergebnis, dass im Allgemeinen die Effizienz der staatlichen Stellen steigt, wenn Elemente der direkten Demokratie die repräsentative Demokratie ergänzen, da so der etablierte Status Quo durchbrochen und verantwortlicheres Handeln der Politik herbeigeführt wird.

Bürgerbegehren in Bayern beliebt

Das ZEW hat in einer aktuellen Studie den Zusammenhang zwischen direkter Demokratie in bayerischen Kommunen und effizienter Bereitstellung öffentlicher Güter untersucht. In Bayern wurden Mitte der 1990er Jahre durch Reformen die Bürger mit erheblichen Rechten der direkten Demokratie ausgestattet, die beinahe alle Sektoren der Bereitstellung kommunaler öffentlicher Güter betreffen. Die bayerischen Bürger nahmen die Reformen sehr gut an: Zwischen 1995 und 2011 starteten sie in den rund 2.000 Gemeinden mehr als 2.500 Bürgerbegehren, von denen etwa die Hälfte in einen Bürgerentscheid mündete. Die Bürgerbegehren und -entscheide betrafen die unterschiedlichsten Themengebiete wie etwa Transport, Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur, Versorgungswirtschaft, Kultur und Bauvorhaben.

Das ZEW verwendet in seiner Analyse Daten zu allen 1.095 Bürgerbegehren, die in den Jahren 2003 bis 2011 stattfanden. Im Durchschnitt fand demnach in der Hälfte der bayerischen Gemeinden ein Bürgerbegehren statt. Anders als in existierenden Studien verwenden die Wissenschaftler einen Ansatz, der es ermöglicht, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen. Als Maß für die Effizienz betrachteten die Wissenschaftler Inputdaten zur Bevölkerungsgröße und den Pro-Kopf-Ausgaben, also dem relativen Wohlstand, der Kommunen. Weiterhin bezogen sie Outputdaten zu zentralen öffentlichen Feldern ein, die stellvertretend für die kommunalen öffentlichen Sektoren Bildung, öffentliche Einrichtungen, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Beschäftigung im öffentlichen Dienst sowie Gesundheit, Sport und Freizeit stehen. Schließlich beziehen sie drei Standard-Kontrollvariablen – Variablen für ideologische Unterschiede, Altersstruktur der Bevölkerung und Pro-Kopf-Staatseinnahmen – ein, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden abbilden sollen.

Die ZEW-Studie legt nahe, dass Gemeinden mit mehr direkter Demokratie, das heißt mit mehr Bürgerbegehren und -entscheiden, öffentliche Güter und Dienste der genannten Sektoren im Durchschnitt wirtschaftlicher bereitstellen als Gemeinden mit weniger direkter Demokratie. Dieses Ergebnis stützt die Theorie, dass direkt-demokratische Aktivitäten die Rolle des Bürgers als „Veto-Spieler“, der Prozesse blockieren und verhindern kann, mit Blick auf lokal-politische Entscheidungen stärken. Die Wissenschaftler haben allerdings in der ZEW-Analyse lediglich untersucht, dass direkte Demokratie und wirtschaftliche Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Gemeinden Hand in Hand gehen. Sie regen abschließend an, dass sich weitere Forschung darauf konzentrieren sollte zu prüfen, ob es auch einen kausalen Zusammenhang gibt, das heißt, dass mehr direkte Demokratie das effizientere Wirtschaften der Gemeinden verursacht.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 14-017) findet sich zum Download unter: www.zew.de/publikation7363

Zareh Asatryan, asatryan@zew.de

Nachgefragt: Innovationsstandort Deutschland

Besonders die Großunternehmen sind in Deutschland innovationsaktiv

Die deutsche Wirtschaft gibt Jahr für Jahr mehr Geld für Innovationen aus. Allerdings werden die Innovationsbudgets vor allem durch die großen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern getragen. ZEW-Ökonom Dr. Christian Rammer erläutert die Ursachen und Folgen dieser Entwicklung.

Von 1995 bis heute gingen 93 Prozent des Aufwuchses der gesamtwirtschaftlichen Innovationsausgaben auf das Konto von Großunternehmen. Bedeutet diese Entwicklung, dass die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Anschluss bei den Innovationen verlieren?

Für die Gesamtheit der vielen hunderttausend KMU in Deutschland schon, wenngleich es weiterhin eine große Gruppe sehr innovationsorientierter und auch erfolgreicher KMU gibt. Aber die durchschnittliche Innovationsintensität der KMU, das heißt der Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz, ging seit dem Jahr 1995 von 2,7 auf heute 1,6 Prozent zurück. Die Großunternehmen konnten dagegen ihre Innovationsintensität von drei Prozent auf 4,5 Prozent steigern.

Was sind die Ursachen für die geringe Innovationsdynamik bei den KMU hierzulande?

Zunächst muss man sehen, dass die Gruppe der KMU nicht statisch ist. Besonders dynamische KMU mit stark steigenden Innovationsausgaben überschreiten bald die KMU-Schwelle und werden zu Großunternehmen. Umgekehrt schrumpfen immer wieder Unternehmen unter die Schwelle. Diese Unternehmen weisen oft rückläufige oder gar keine Innovationsausgaben aus. Hinzu kommt, dass sich KMU im vergangenen Jahrzehnt bei Anlageinvestitionen immer mehr zurückgehalten haben, auch weil die Finanzierung über Kredite schwieriger wurde. Dies wirkte sich auch auf innovative Investitionen aus. In vielen Bereichen beobachten wir außerdem einen intensiveren Wettbewerb aus dem Ausland, der mit erhöhtem Preisdruck einhergeht. Dies führt oft dazu, dass sich KMU ganz aus dem Innovationsgeschäft zurückhalten, da ihnen wegen niedrigerer Margen die Mittel für Innovationsprojekte fehlen und sie kaum Möglichkeiten sehen, unter den Bedingungen eines starken Preiswettbewerbs Innovationen erfolgreich zu platzieren.

Was bedeutet es für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, wenn hauptsächlich die großen Unternehmen in Innovationen investieren?

Die Gefahr besteht, dass dann gerade in sich neu entwickelnden Innovationsfeldern und Märkten weniger Innovationen stattfinden. Denn diese Märkte sind zunächst klein, unübersichtlich und schwer prognostizierbar. Für Großunternehmen sind sie unattraktiv, weil sie dort ihre Stärken – Produktion in großen Mengen und das Angebot standardisierter, zuverlässiger Lösungen - nicht ausspielen können. Aber fast alle grundlegend neu-

en Innovationen haben klein angefangen und wurden zunächst meistens von kleinen Unternehmen vorangetrieben. So war es in der Biotechnologie sowie in vielen Bereichen der Umwelttechnologien. Die Großen steigen meist erst dann ein, wenn sich Märkte konsolidiert haben und ein bestimmtes Absatzvolumen erreicht ist. Ein innovativer KMU-Sektor ist daher notwendig, damit immer wieder neue Märkte entwickelt werden. Davon profitieren letztlich auch die Großunternehmen. Und trotz rückläufiger Innovationsausgaben der KMU steht Deutschland nicht schlecht da: Im Jahr 2012 gab es hierzulande rund 31.500 KMU, die kontinuierlich Forschung und Entwicklung (FuE) betrieben haben und damit auf der Suche nach neuen Märkten und neuen Lösungen sind. Etwa jedes vierte forschende KMU in Europa ist in Deutschland zu finden.



Dr. Christian Rammer

ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innovationsökonomik und der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Rammer leitet unter anderem die jährliche Innovationserhebung des ZEW (Mannheimer Innovationspanel). Er ist in zahlreichen nationalen und internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Beratungsprojekten tätig.

Die Innovationsbudgets aufzustocken ist eine Sache. Gelingt es den Unternehmen aber auch, aus den gewonnenen Forschungserkenntnissen marktfähige Produkte, Dienstleistungen oder verbesserte Prozesse abzuleiten? Zeigen sich hier ebenfalls Unterschiede zwischen den großen und den kleineren Unternehmen?

Die Unternehmen in Deutschland sind durchaus in der Lage, ihre Investitionen in Innovationserfolge umzusetzen. Im Jahr 2012 standen den Innovationsausgaben von über 137 Milliarden Euro Umsätze mit neuen Produkten von fast 650 Milliarden Euro gegenüber. Aber auch auf diesem Feld sind es die Großunternehmen, auf die der Löwenanteil des Neuproduktumsatzes entfällt, konkret 77 Prozent. Dieser Anteil hat in den vergangenen Jahren weiterhin merklich zugenommen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de
Kathrin Böhmer, böhmer@zew.de

Reformhindernisse in Südeuropa

Die Euro-Rettungspolitik hat Zeit gekauft, aber die tiefer liegenden Krisenursachen nicht beseitigt. Eine wirkliche Lösung ist nur mit weit reichenden Reformen möglich, die oftmals äußerst unpopulär sind. Eine ZEW-Studie hat sich vor diesem Hintergrund mit den Ursachen von Reformwiderständen in Südeuropa befasst.

Rationale Gründe können erklären, warum Wähler Reformen von Sozialsystemen, Arbeitsmärkten und öffentlichen Haushalten ablehnen. Wenn diese Reformen aus Sicht des Einzelnen höhere Kosten als Nutzen bringen, ist die Ablehnung aus der Individualperspektive vernünftig. Allerdings ist der Eigennutz alleine kaum in der Lage, das Ausmaß von Reformwiderstand zu erklären, das beispielsweise in Südeuropa vorzufinden ist. Dies gilt gerade dann, wenn der Status quo mit wirtschaftlichem Niedergang oder sogar gravierenden ökonomischen Krisen verbunden ist. Daher haben sich Wissenschaftler des ZEW im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms („WWWforEurope“) mit ganz verschiedenen Ursachen für Reformwiderstände befasst. Diese Analyse wurde mit Daten für Südeuropa unterfüttert, um die Reformwiderstände in den Euro-Krisenstaaten besser als bisher zu verstehen.

Absicherung für Reformverlierer

Ausgangspunkt der Analyse ist die Perspektive des rationalen Eigennutzes. Für diese individuelle Kosten-Nutzen-Analyse spielt der Zeithorizont der Wähler eine Rolle, weil die positiven Reformfolgen oftmals erst mit erheblicher Verzögerung eintreten. Diese Überlegung legt nahe, dass etwa ältere Menschen, die über einen kürzeren Zeithorizont verfügen, umfassenden Veränderungen kritischer gegenüberstehen als jüngere Menschen. Rational ist es ferner, wenn ein risikoaverser Wähler Reformen ablehnt, weil ihre Folgen unsicher sind. Hier ist von Bedeutung, inwieweit ein funktionsfähiger Sozialstaat den Menschen eine ausreichende Absicherung bietet, wenn sie zu den Reformverlierern gehören sollten. Eine schlecht funktionierende Absicherung wird den Widerstand vorsichtiger Wähler gegen Re-

formen erhöhen. Zusätzlich beeinflussen fehlende Informationen die individuelle Bewertung. Die Folgen von Reformen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sind komplex und ohne ökonomische Allgemeinbildung oft kaum zu durchdringen.

Eine Erweiterung derartiger traditioneller eigennutzbasierter Gesichtspunkte folgt aus den umfassenden Erkenntnissen der Verhaltensökonomik zur Rolle von Fairness-Überlegungen. Demnach ist es zu kurz gegriffen, nur auf individuelle Vor- und Nachteile von Reformen zu schauen. Menschen beurteilen politische Maßnahmen auch danach, inwieweit sie mit den eigenen Fairness-Vorstellungen im Einklang stehen. Und die Fairness-Wahrnehmung hängt entscheidend davon ab, ob Vertrauen in die Integrität der politischen Entscheidungsträger besteht. Fehlt es an Vertrauen, werden auch sachlich gut begründbare Reformentscheidungen tendenziell abgelehnt. Die Ursache hierfür ist das Misstrauen, dass die Reformen nicht dem Gemeinwohl sondern bestimmten Interessengruppen dienen könnten.

Vertrauen fördert Zustimmung zu Reformen

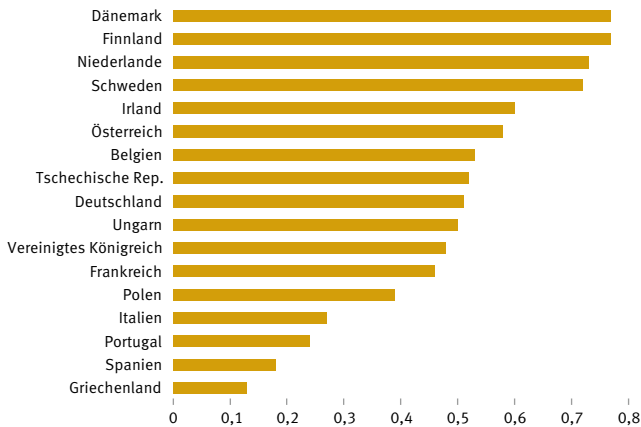
Diese theoretischen Zusammenhänge lassen sich auf Basis von europäischen Umfragedaten zum Teil bestätigen. Etwa zeigt sich, dass Individuen, die ein hohes Vertrauen in die politischen Parteien ihres Landes haben und ihre eigene Demokratie als funktionierend betrachten, auch Wirtschaftsreformen vergleichsweise aufgeschlossen gegenüberstehen. Umgekehrt zeigt sich, dass der Eigennutz keinesfalls alleine ausschlaggebend ist. So finden sich die „Outsider“ (Arbeitslose und junge Menschen in Ausbildung) oftmals eher im Lager der Reformgegner, obwohl diese Menschen eigentlich langfristig die Nutznießer von Liberalisierungsmaßnahmen sein dürften.

Auf Basis dieser Überlegungen und der teilweisen Bestätigung in europäischen Umfragen haben die ZEW-Forscher die Reformfähigkeit von europäischen Staaten vergleichend analysiert. Für viele der genannten Aspekte lassen sich Indikatoren finden und somit Eurostaaten vergleichen. Beispielsweise kann die Altersstruktur der Bevölkerung herangezogen werden, um



Das ZEW hat die Reformfähigkeit verschiedener EU-Länder vergleichend untersucht und hierzu einen Reformfähigkeits-Index entwickelt.

REFORMFÄHIGKEITS-INDEX



Quelle: Heinemann und Grigoriadis (2013), normiert zwischen 0 (Land verfügt bei allen einbezogenen Subindikatoren jeweils über den ungünstigsten Wert) und 1 (Land verfügt bei allen einbezogenen Subindikatoren jeweils über den besten Wert).

den durchschnittlichen Zeithorizont der Wählerschaft zu ermitteln. Armutsquoten oder Umverteilungsmaße werden genutzt, um die Effektivität des Sozialstaats im Schutz für Reformverlierer zu beurteilen. Informationsprobleme können über Bildungsindikatoren wie PISA-Kennzahlen oder Indikatoren zum ökonomischen Wissen abgebildet werden. Zum Vertrauen in die Politik existieren aktuelle, international vergleichende Umfragen.

All diese quantitativen Indikatoren lassen sich in einem Gesamtindikator zur Reformfähigkeit verdichten. In dieser Berechnung müssen Entscheidungen zur Gewichtung der verschiedenen Reformhindernisse getroffen werden. Eine solche Entscheidung ist niemals frei von Willkür. Eine pragmatische Lösung besteht in einer Gleichgewichtung der einbezogenen Dimensionen.

Die Grafik rechts zeigt den sich auf dieser Basis ergebenden „Reformfähigkeitindikator“ für 17 EU-Staaten. Tatsächlich sind die südeuropäischen Staaten auf den hintersten Plätzen zu finden. Das Land, in dem die europäische Schuldenkrise ihren Ausgang nahm, Griechenland, liegt abgeschlagen an hinterster Stelle.

Die ungünstige Positionierung der Südeuropäer ist dabei unabhängig davon, wie die Gewichte der verschiedenen Dimensionen gewählt werden. Handicaps dieser Länder in der Reformfähigkeit sind: ein erodiertes Vertrauen gegenüber den politischen Akteuren, eine stark alternde Bevölkerung, eine sehr geringe Effektivität der Sozialsysteme im Schutz vor Armut und auch ein vergleichsweise schlechter Bildungsstand.

Strategien zur Verbesserung der Reformchancen

Die Analyse bleibt jedoch nicht beim Befund stehen, dass in Südeuropa mit besonders ausgeprägtem Reformwiderstand zu rechnen ist. Gleichzeitig ergeben sich Hinweise auf Strategien zur Verbesserung der Reformchancen. So besteht zum einen in der Einbindung der europäischen Ebene in die Steuerung des Reformprozesses eine Chance, weil das Vertrauen in europäische Akteure oft über dem Vertrauen in nationale Akteure liegt. Außerdem ist bei der Neuausrichtung der Sozialsysteme der Absicherung gegen Armut mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Nur wenn diese sozialstaatliche „Versicherung“ gegen negative Folgen für das Wohl der Wähler funktioniert, ist wieder mit einer größeren gesellschaftlichen Risikobereitschaft zu rechnen.

Die Studie ist erschienen als WWWforEurope Working Paper No. 20, Heinemann und Grigoriadis (2013), Origins of Reform Resistance and the Southern European Regime.

PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Zweite MaCCI-Jahreskonferenz am ZEW

Am 14. und 15. März 2014 veranstaltete das ZEW die zweite Jahreskonferenz des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI). Zahlreiche renommierte Wissenschaftler und Praktiker diskutierten hochaktuelle und praxisrelevante Forschungsfragen zu den Themen Wettbewerb und Innovation aus ökonomischer und juristischer Perspektive.

Mit rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten ähnlich viele Gäste wie zur Vorjahreskonferenz am ZEW begrüßt werden. Hauptthema des ersten Konferenztages war die Fusionskontrolle, insbesondere auf engen oligopolistischen Märkten. Dazu diskutierten im ersten Panel unter der Leitung von Martin Peitz (Universität Mannheim und MaCCI) Christine Zulehner (Goethe Universität Frankfurt), Gergely Csorba (Ungarische Akademie der Wissenschaften), Jorge Padilla (Compass Lexecon) und Luigi Malferrari (Europäische Kommission) aktuelle Entwicklungen in verschiedenen europäischen Telekommunikationsmärkten. Hier

stehen derzeit viele vier-auf-drei-Fusionen zur Debatte, das heißt die Anzahl der Telekommunikationsunternehmen könnte von vier auf drei Unternehmen zurückgehen. Ein Beispiel aus Deutsch-



Christine Zulehner von der Goethe Universität Frankfurt referierte im Rahmen des Panels „Mergers in Narrow Oligopolies“.



MaCCI steht für „**Mannheim Centre for Competition and Innovation**“, einen vom Land Baden-Württemberg und der Leibniz-Gemeinschaft finanziell unterstützten Forschungsverbund, der den Austausch zwischen Juristen und Ökonomen stärkt und damit in Fragen der Wettbewerbs-, Regulierungs- und Innovationspolitik neue Impulse gibt. MaCCI ist ein Projekt des ZEW und der Fakultät für Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim.

Zu den Kernthemen, die im Rahmen von MaCCI untersucht werden, gehören neben vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, Missbrauch von Marktmacht, Fusionskontrolle und der privaten und öffentlichen Durchsetzung des Kartellrechts die Regulierung des Telekommunikations- und Energiesektors sowie der Wettbewerb im Gesundheitswesen. Weitere Informationen: www.macci-mannheim.eu

land ist hierfür die geplante Fusion zwischen O2 und E-Plus. William Kovacic (George Washington University) sprach in seiner einstündigen Grundsatzrede über die Unterschiede in der Fusionskontrolle zwischen den USA und Europa. Im zweiten Panel des Tages debattierten dann unter der Leitung von Heike Schweitzer (Freie Universität Berlin) die Ökonomen Luis Cabral (New York University), Konrad Stahl (MaCCI) mit den Juristen Wolfgang Bosch (Gleiss Lutz) und Ulrich von Koppenfels (Europäische Kommission) über den Umgang mit dem Erwerb von Minderheitsbeteiligungen, die eine zunehmend größere Rolle in der Praxis spie-

len. Am zweiten Konferenztage präsentierten 32 Vortragende in insgesamt zwölf Sitzungen ihre neuesten Forschungen zu Themen wie Innovation, Kartellen oder zweiseitigen Märkten. Besonders reges Interesse weckte die Sitzung zu vertikalen Beziehungen mit Matthias Hunold (Europäische Kommission, vorher ZEW), Patrick Rey (Toulouse School of Economics) und Yossi Spiegel (Tel Aviv University, ZEW Research Associate). Alle Vortragenden hatten sich im Auswahlverfahren gegen zahlreiche weitere interessante Einreichungen durchgesetzt.

Stefan Frübing, fruebing@zew.de

Internationaler Workshop am ZEW zur „Energieeffizienz-Lücke“



Ökonomen aus Europa und den USA diskutierten die „Energieeffizienz-Lücke“.

Renommierete Umweltökonominnen aus ganz Europa und den USA trafen sich am 12. und 13. März 2014 in Mannheim. Die sogenannte „Energieeffizienz-Lücke“ und deren ökonomische Bedeutung waren Gegenstand der Diskussion.

Der Einsatz energieeffizienter Technologien verspricht sowohl eine Verringerung der Energiekosten als auch der Umweltschäden, die durch fossile Energienutzung verursacht werden. Dennoch unterlassen viele private Haushalte und Unternehmen die Einführung solcher Technologien, die allein unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten bereits lohnend erscheinen. Nimmt man

den gesellschaftlichen Nutzen einer Steigerung der Energieeffizienz noch hinzu, etwa den geringeren Ausstoß von Treibhausgasen und anderen Schadstoffen, dann klafft scheinbar eine immer größere Lücke zwischen der sozial optimalen und der tatsächlich realisierten Energieeffizienz.

Gemeinsam mit dem Harvard Environmental Economics Program (HEEP) und der Duke University Energy Initiative organisierte das ZEW eigens einen Workshop zu diesem Phänomen. Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung diskutierten die eingeladenen Ökonomen den aktuellen Stand der Forschung. Mögliche Erklärungen für die vorhandene Energieeffizienz-Lücke standen dabei im Zentrum der präsentierten empirischen und theoretischen Arbeiten. Die wissenschaftlichen Erklärungsansätze reichen vom klassischen Marktversagen (zum Beispiel asymmetrische Information) über verhaltensökonomische Effekte (zum Beispiel eingeschränkte Rationalität) bis hin zu Problemen bei der Modellierung der tatsächlichen Kosten und Nutzen von Energieeffizienz. Letzteres lässt die Lücke größer erscheinen als sie eigentlich ist.

Ein besseres Verständnis für die Ursachen der Energieeffizienz-Lücke ist angesichts der negativen Auswirkungen menschlichen Energieverbrauchs von enormer gesellschaftlicher Bedeutung. Der Workshop konnte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Die teilnehmenden Experten allerdings waren sich darüber einig, dass weiterer Forschungsbedarf besteht.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

ZEW begleitet Schulprojekt zur Nachhaltigkeit

15 Schülerinnen und Schüler der 11. Jahrgangsstufe des Karl-Ritter-von-Frisch Gymnasiums Moosburg erhielten im Rahmen eines Schulprojektes zum Thema Nachhaltigkeit einen Einblick in die Arbeit des ZEW. Hierzu besuchte Christiane Reif, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement, das Gymnasium Mitte März für einen Nachmittag. Sie führte die Jugendlichen an eine ökonomische Sichtweise auf den Klimawandel heran, wie zum Beispiel die Frage warum das Weltklima ein öffentliches Gut ist und inwiefern Trittbrettfahrerprobleme auftreten können. Nach ihrem Vortrag diskutierte sie mit der Gruppe mögliche Lösungsansätze. Ein zentraler Aspekt des Schulprojektes ist es, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu eröffnen, Abläufe in der Arbeitswelt kennenzulernen. Hierzu gab Christiane Reif einen Crashkurs im wissenschaftlichen Arbeiten. Zudem stellte sie das ZEW als Ausbildungsinstitution und Arbeitgeber vor.



ZEW-Wissenschaftlerin Christiane Reif diskutiert mit Schülerinnen und Schülern des Karl-Ritter-von-Frisch Gymnasiums Moosburg umweltökonomische Fragen.

ZEW-Präsident in „Hochrangige Arbeitsgruppe“ zur Reform der EU-Finanzierung berufen

Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Clemens Fuest, ist auf Vorschlag des Europäischen Rates in die neu gebildete „Hochrangige Arbeitsgruppe Eigenmittel“ berufen worden. Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge zur künftigen Finanzierung der Europäischen Union erarbeiten und Möglichkeiten aufzeigen, wie das derzeitige EU-Eigenmittelsystem einfacher, gerechter und transparenter gestaltet werden kann.



Clemens Fuest

Foto: ZEW

Die Europäische Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament hatten sich während der Verhandlungen über den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 auf die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe verständigt. Kommission, Rat und Parlament entsenden jeweils drei Mitglieder in die Arbeitsgruppe. Den Vorsitz des Gremiums führt der frühere EU-Kommissar und ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Monti.

Die Hochrangige Arbeitsgruppe Eigenmittel soll in einem ersten Schritt bereits vorhandene Vorschläge zur Neugestaltung der EU-Finanzierung sichten und bewerten und bis Jahresende 2014 einen Zwischenbericht vorlegen. Im Jahr 2016 soll dann auf Grundlage der Vorschläge der Arbeitsgruppe eine Entscheidung über mögliche neue Eigenmittel-Initiativen getroffen werden.

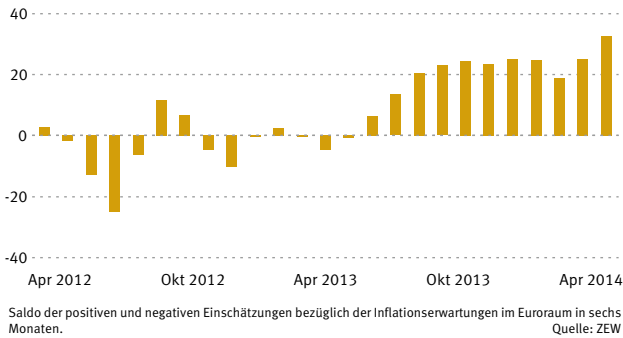
Neuer Leibniz-WissenschaftsCampus MaTax am Start

Zum 1. April 2014 hat der Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Taxation“ (MaTax) in Mannheim seine Arbeit aufgenommen. MaTax ist ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Universität Mannheim. Getragen und gemeinsam finanziert wird MaTax von den beiden beteiligten Institutionen sowie der Leibniz-Gemeinschaft, der das ZEW angehört, und dem Land Baden-Württemberg. Im Rahmen von MaTax arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Berei-

MaTax
MannheimTaxation
WissenschaftsCampus

chen Unternehmensbesteuerung, öffentliche Finanzen, Steuerrecht sowie den Politikwissenschaften zusammen. Die Forscher beschäftigen sich mit der Frage, wie ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Steuersystem ausgestaltet werden muss, um vor dem Hintergrund von europäischer Integration und Globalisierung neue wirtschaftliche und gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen erfolgreich meistern zu können. Näherer Informationen zum neuen WissenschaftsCampus finden sich unter: www.matax.eu

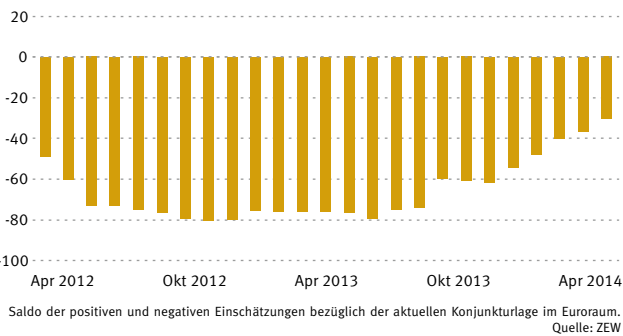
ZEW-Finanzmarkttest im April 2014



EZB: Steigende Inflationsrate erwartet

Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten gehen mittelfristig von einer steigenden Teuerungsrate im Euroraum aus. Der entsprechende Indikator steigt auf 32,5 Punkte. Das ist sein höchster Stand seit Mai 2011. Die Mehrheit der Experten erwartet folglich keine deflationäre Entwicklung. Dabei ist die Inflationsrate nach neusten Vorausschätzungen von Eurostat im März 2014 weiter gefallen. Von einer erneuten Herabsetzung des Leitzinses durch die EZB gehen die Experten nicht aus. Der Indikator bezüglich der Zinsentwicklung steigt um 2,3 Punkte auf 4,4 Punkte.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

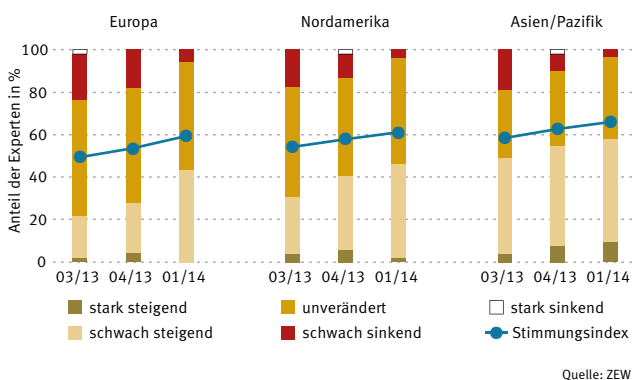


Eurozone: Lageeinschätzung verbessert sich

Der Indikator, der die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in der Eurozone widerspiegelt, klettert um 6,2 Punkte auf minus 30,5 Punkte. Für den Anstieg dürfte vor allem die Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal verantwortlich sein. Frühindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex für die Industrie und das Konsumentenvertrauen deuten auf ein erfreuliches Wirtschaftswachstum hin. Die Konjunkturerwartungen auf Sicht von sechs Monaten für die Eurozone verändern sich nur unwesentlich. Der entsprechende Indikator geht um 0,3 auf 61,2 Punkte zurück.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

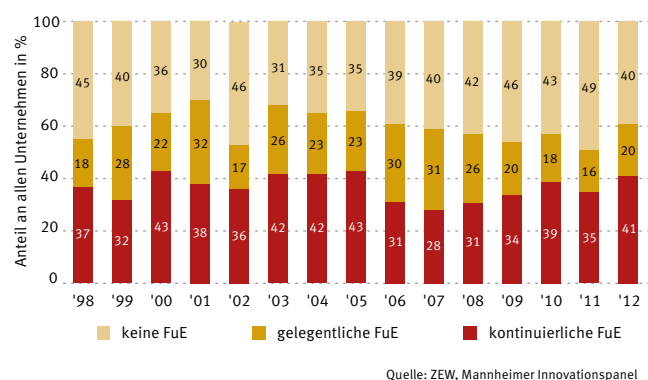
Luftfrachtaufkommen mit starkem Aufwind



Nach Einschätzung der Experten des TransportmarktBarometers wird das Luftfrachtaufkommen im nächsten halben Jahr kräftig Aufwind erhalten, vor allem auf den Asien-/Pazifik-Routen. Über den Nordatlantik und innerhalb Europas wird die Aufkommensentwicklung mehrheitlich als stabil eingeschätzt. Trotz dieser etwas verhaltenen Einschätzung liegt der Stimmungsindex so hoch wie seit Mitte 2011 nicht mehr. Auch die Daten des Statistischen Bundesamts belegen den Aufwärtstrend, wobei es vor allem die grenzüberschreitenden Verkehre sind, die sich nach dem Mengenrückgängen 2012 und 2013 konsolidiert haben.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Höhere Forschungsorientierung im Maschinenbau



Die Unternehmen des deutschen Maschinenbaus haben im Jahr 2012 verstärkt auf eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) gesetzt. Der Anteil der Unternehmen mit kontinuierlicher FuE stieg auf 41 Prozent und erreichte damit fast die Spitzenwerte von Mitte der 2000er Jahre. Auch der Anteil der Unternehmen, die sich anlassbezogen mit FuE befassen, stieg an und lag 2012 bei 20 Prozent. Nur 40 Prozent der deutschen Maschinenbauer führten keine internen FuE-Aktivitäten durch. Zuletzt wurde dieser Wert im Jahr 2006 unterschritten. FuE ist eine wichtige Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Es darf ruhig etwas mehr sein!

Die „kalte Progression“ ist eigentlich eine trockene Materie, die nur Spezialisten interessiert. Trotzdem macht das Thema derzeit Schlagzeilen. Das ist so, weil unter diesem Stichwort breite Steuerentlastungen diskutiert werden, die alle Steuerzahler aufhö-

ren lassen. Ist der Ruf nach Steuerersenkungen zum Ausgleich für die kalte Progression gerechtfertigt?

Wenn die Einkommen zunehmen, egal ob durch Inflation oder durch real wachsende Wirtschaftskraft, die Bemessungsgrundlage und der Tarif der Einkommensteuer aber unverändert bleiben, nimmt die Steuerbelastung zu. Ein wachsender Anteil der Einkommen fließt an den Staat. Das wirft zwei Probleme auf. Erstens dehnt der öffentliche Sektor sich auf Kosten des privaten Sektors aus. Eine solche Verschiebung kann gewollt sein. Sie sollte dann aber nicht schleichend erfolgen, sondern offengelegt werden und von sichtbaren Steuererhöhungen begleitet sein. Zweitens führt die kalte Progression zu einer Änderung der Lastenverteilung. Zwar werden alle Steuerzahler stärker belastet, aber diese Mehrbelastung ist bei Beziehern niedriger Einkommen, bei denen es auf jeden Euro ankommt, besonders schmerzhaft und sollte ebenfalls nicht das Resultat automatischer und intransparenter Steuererhöhungen sein.

Wie ist die aktuelle Situation in Deutschland? Bei einigen Elementen der Einkommensteuer ist die kalte Progression in der Tat leicht sichtbar. Der Grundfreibetrag zum Beispiel ist seit der letzten großen Einkommensteuerentlastung im Jahr 2005 nur von 7.664 auf 8.130 Euro im Jahr 2013 erhöht worden, also um etwa sechs Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt um rund 23 Prozent. Im Jahr 2014 wird der Grundfreibetrag auf 8.354 Euro steigen, aber das ändert nichts daran, dass er mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht mithält.

Man muss allerdings bedenken, dass es in den letzten Jahren durchaus Entlastungen gegeben hat, beispielsweise steigendes Kindergeld oder die Einführung der Absetzbarkeit von Ausgaben

für Handwerkerleistungen. Das wirkt der Expansion der Steuereinnahmen durch kalte Progression entgegen. Hat der Staat sich insgesamt einen wachsenden Anteil der Wirtschaftskraft einverleibt? Die gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden schwanken seit Jahrzehnten zwischen 20 und 23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2005 war diese Quote mit 20,3 Prozent ungewöhnlich niedrig, wegen der gerade erfolgten Steuerentlastung. 2013 lag sie bei 22,7 Prozent, also eher am oberen Ende der üblichen Bandbreite. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Aufkommen der Einkommensteuer. Die Einnahmen aus Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind zwischen 2005 und 2013 von 5,8 auf 7,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Die aktuellen, hohen Steuerquoten entsprechen denen des Jahres 2000. Damals wurde die letzte große Einkommensteuerentlastung beschlossen und bis 2005 umgesetzt. Nach den aktuellen Steuerschätzungen werden die Steuereinnahmen ohne Entlastung auch in den nächsten Jahren schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung.

Hinzu kommt, dass die öffentlichen Haushalte ausgeglichen sind und die Politik auf die sprudelnden Steuereinnahmen derzeit durch nachlassende Ausgabendisziplin reagiert. Diskussionen über Aufgabenkritik und Subventionsabbau haben praktisch aufgehört, obwohl sie dringend notwendig sind. Stattdessen werden für fragwürdige Projekte wie die Rente mit 63 Milliarden verpulvert.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Die Zeit für eine maßvolle Einkommensteuersenkung zum Ausgleich der kalten Progression ist gekommen. Wolfgang Schäuble hat eine Entlastung in Höhe von drei Milliarden Euro vorgeschlagen. Ich würde sagen: Es darf ruhig etwas mehr sein!

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemes Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail gruettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2014